

Aktuelle Strompreisanalyse des BDEW:

Steuern und Abgaben erreichen neues Rekordhoch

Vertriebe können nur noch 21 Prozent des Strompreises beeinflussen / Preise für deutsche Haushalte bleiben im Vergleich zu 2015 stabil

Berlin, 22. Januar 2016 – Der Strompreis ist 2016 im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt stabil geblieben: Eine Stromrechnung mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden beläuft sich aktuell auf knapp 84 Euro im Monat. Davon entfallen mehr als die Hälfte und damit rund 45 Euro auf staatliche Steuern, Abgaben und Umlagen. Diese machen insgesamt 54 Prozent am Strompreis für Haushalte aus (2015: 52 Prozent). Das zeigt die aktuelle Strompreisanalyse des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW).

Die staatlichen Belastungen beim Strompreis haben damit seit dem Jahr der Liberalisierung ein neues Rekordhoch erreicht. Die Umlage zur Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG-Umlage) ist dabei der größte Kostenblock. Gut 18,50 Euro (2015: 18,00 Euro) muss ein durchschnittlicher Haushalt in diesem Jahr monatlich für die Förderung der Erneuerbaren Energien aufbringen. Nach BDEW-Einschätzung ist deshalb der von der Politik bereits eingeschlagene Reformweg richtig: Künftig soll die Förderhöhe für regenerative Anlagen über Ausschreibungen ermittelt werden. Damit lässt sich bei richtiger Ausgestaltung eine hohe Kosteneffizienz erreichen.

Während der Kostenblock der staatlichen Steuern und Abgaben weiter deutlich gewachsen ist, konnten die Unternehmen der Energiewirtschaft den Anstieg des Gesamtpreises teilweise kompensieren: Die Beschaffungskosten für die Vertriebe sind aufgrund niedrigerer Preise an den Strombörsen gesunken. Die Börsen-Preise allein bestimmen jedoch nicht den Endkunden-Strompreis. Der von den Vertriebsunternehmen selbst beeinflussbare Anteil am Strompreis (Strombeschaffung und Vertrieb) beträgt insgesamt nur noch rund 21 Prozent (2015: 24 Prozent).

Der dritte wichtige Bestandteil des Strompreises für Haushalte sind die Netzentgelte. Diese liegen im Durchschnitt knapp 5 Prozent über dem Vorjahresniveau und damit aktuell bei einem Anteil von knapp 25 Prozent (2015: 24 Prozent). Grund für diese Steigerung ist der im Rahmen der Energiewende erforderliche Aus- und Umbau der Stromnetze. Je nach Region können die zu zahlenden Netzentgelte stark variieren.

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.**
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

Bereich Kommunikation
Sandra Rahmlow
Redaktion Fachpresse
Telefon
+49 30 300199-1163
Telefax
+49 30 300199-4190
presse@bdew.de
www.bdew.de